

09.11.2016 - 15:20 Uhr

Media Service: Glücksspiel: Banken lehnen Rolle als Finanzpolizist ab

Zürich (ots) -

Schweizer Banken lehnen Absichten der Rechtskommission ab, per Gesetz zu Zahlungssperren an illegale Online-Glücksspiel-Anbieter verpflichtet zu werden. Hintergrund sind Überlegungen der Rechtskommission des Nationalrats, Banken über einen Passus im neuen Geldspielgesetz zu solchen Finanztransaktionssperren zu bewegen. Dies, weil man erkannt hat, dass Sperren von Internetseiten kaum greifen und leicht umgehbar sind.

Bankenvertreter kritisieren das Vorhaben scharf. Sie befürchten Compliance-Probleme und einen enormen Verwaltungsaufwand. «Finanzpolizei spielen wollen wir definitiv nicht, zumal die Teilnahme an Geldspielen nicht ungesetzlich ist», sagt eine Sprecherin der Schweizerischen Bankiervereinigung zur «Handelszeitung». Die Credit Suisse lehnt solche Transaktionssperren ab, «weil sie nicht praktikabel sind und einen Teil der Wirtschaft mit Kosten belasten, der mit den zugrunde liegenden Aktivitäten nichts zu tun hat», sagt René Buholzer, Leiter Politik der Credit Suisse.

Rückendeckung erhalten die Banken auch vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Die Nutzung von ausländischen Glücksspiel-Angeboten im Internet lasse sich demnach auch nicht mit Finanztransaktionssperren verhindern. «Stattdessen schafft man damit neue Probleme», sagt Erich Herzog, Vize-Leiter Wettbewerb von Economiesuisse.

Derzeit ist in der Schweiz der Betrieb von Casinos im Internet verboten. Ein neues Geldspielgesetz soll diese Spiele legalisieren und regulieren - allerdings ohne Anbieter aus dem Ausland. Mitte Januar tagt dazu erneut die Rechtskommission des Nationalrates.

Kontakt:

Nähere Auskunft erhalten Sie unter Tel: 043 444 57 77

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100009535/100795417> abgerufen werden.